

*Osnabrücker Jahrbuch*  
*Frieden und Wissenschaft*

**III/1996**

**Dialog**  
**Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur**

**Universitätsverlag Rasch Osnabrück**

**Daniela Gottschlich, Dieter Kinkelbur, Stephan Kliesch**

## **Transnationale Friedensarbeit vor Ort – Osnabrück als Beispiel einer Friedensstadt?**

1648–1998: Diese Jahreszahlen umfassen einen langen Zeitraum europäischer Geschichte, die auf allen Kontinenten zu territorialen Grenzziehungen und Kriegen zwischen Staaten beigetragen hat. Der Westfälische Frieden sollte heute Anlaß genug sein, Friedensbemühungen als eine beständige Aufgabe anzuerkennen. Wir wenden uns nach einführenden Überlegungen (I) der Beschreibung heutiger Formen einer Friedenspolitik von unten (II–IV) zu, um nach der Diskussion ihrer Schwierigkeiten und Reichweite (V–VII) konkretisierende (VIII) Empfehlungen für eine Stadt, die schon längst eine Weltstadt ist und ihre weltinnenpolitische Rolle im historischen Rückblick entdeckt, zur Diskussion zu stellen. Unseren Debattenbeitrag verstehen wir als einen Osnabrücker Impuls, über ›postwestfälische Friedenspolitiken in und von Europa aus‹ nachzudenken und Wege des Friedens im sozialen Nahbereichsraum zu beschreiten.<sup>1</sup>

### **I. Osnabrück und Münster damals – Mostar, Tuzla, Gorazde und andernorts heute: Wer bestellt das Amselfeld?**

Orte bezeichnen in einer ideengeschichtlichen und politischen Kartographie gesellschaftliche Weichenstellungen, menschliche Hoffnungen und politische Aufbrüche im Zusammenleben der Völker. Wer deshalb nach den Erfahrungen und Handlungsspielräumen einer wirksamen und tragfähigen Friedensarbeit einer mittelgroßen Stadt wie Osnabrück fragt, die über die eigenen Gemeindegrenzen hinausweist, tut dies vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse und im Hinblick auf unerledigte Friedensaufgaben. Verschiedene Kommentatoren haben u. E. zutreffend beim Anblick des Grauens in Sarajevo und den anderen Kriegsorten des zerfallenden Jugoslawiens an den 30jährigen Krieg zu Beginn des Nationalstaatswerdungsprozesses erinnert.<sup>2</sup> Damals rangen sich in Münster und Osnabrück politische und innerchristlich motivierte Warlords in einer Diplomatie der Herrschenden an zwei benachbarten, strategisch-logistisch voneinander getrennten Orten zu einem Waffenstillstandsabkommen durch. Heute erweist sich in den Gebieten und Städten des ehemaligen Jugoslawiens die Kriegssituation mit ihren sowohl zwischen-

<sup>1</sup> Unserem Arbeitspapier liegen nicht-standardisierte Interviews mit einzelnen Personen von Gruppen, Organisationen und Einrichtungen der Friedensarbeit in Osnabrück vom Frühjahr 1995 zugrunde. Wir möchten uns für die Gespräche mit Herrn Georg Hörnschemeyer (Pax Christi), Herrn Dr. Thomas Lob-Corzilius (IPPNW), Frau Christine Grewe (Kordinatorin der Dritte-Welt-Bilanz), Herrn Dr. Rolf Düsterberg (*Osnabrücker Friedensgespräche*), Frau Prof. Dr. Jutta Held (Kunstgeschichte, Universität Osnabrück), Herrn Prof. Dr. Mohssen Massarrat (Politikwissenschaft, Universität Osnabrück) sowie Frau Margret Poggemeier (Amt für Kultur und Museen der Stadt Osnabrück, Mitglied im Büro für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit) und Herrn Gerhard Mittendorf (Kulturamt des Landkreises Osnabrück) bedanken und deutlich machen, daß für unsere Überlegungen und Schlußfolgerungen ausschließlich unsere Arbeitsgruppe verantwortlich ist. Der Interviewleitfaden kann angefordert werden bei D. Kinkelbur, Universität Osnabrück, Seminarstr. 33, 49069 Osnabrück. – Eine Bereichsbibliographie »Kommunale Friedensarbeit«, die die grundlegenden Literaturhinweise aus dem *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft* I (1994) fortschreibt sowie ein Anschriftenverzeichnis wichtiger Gruppen und Einrichtungen enthält, kann mit einem frankierten Rückantwortbrief (3 DM) bei den Verf. angefordert werden.

<sup>2</sup> H. Flottau zit. in Mojmir Krizan. »Postkommunistische Wiedergeburt ethnischer Nationalismen und der Dritte Balkan-Krieg«. *Osteuropa* (1995), Sonderdruck, 217. S. auch die Aufsätze von Ivan Colovic. *Bordell der Krieger. Folklore, Politik und Krieg*. Osnabrück 1993.

gesellschaftlichen als auch zwischenstaatlichen Fronten nicht weniger verwirrend. Beide Beispiele für die Indienstnahme einer ethnischen Homogenisierung und der religiösen Zugehörigkeit explizieren charakteristisch das neuzeitliche, sich ad absurdum führende Gefahrenmoment: Die Schaffung von Nationalstaaten durch wirtschaftliche, politische und intellektuelle Eliten ruft durch die Instrumentalisierung der Menschen anscheinend zwangsläufig Krieg, Folter und Deportation hervor. Kriegsbegeisterung fußt dabei auf dem immer wieder zutage tretenden Anti-Zivilisatorischen im Zivilisierungsprozeß und schürt die nackte Gewalt von Kriegsbewegungen.

Bei allen Unwägbarkeiten für einen tatsächlichen Friedensschluß im Südosten Europas ist aber schon jetzt deutlich, daß nicht Belgrad und Zagreb als Orte eines zumindest stabilen und dauerhaften Friedens gelten können. Praktische Schritte für ein späteres Miteinander der bosnischen und kroatischen Bürgerinnen und Bürger werden in Mostar unter der administrativen Leitung des früheren Bremer Bürgermeisters und jetzigen EU-Kommissars Hans Koschnick gewissermaßen in einem Vorgriff auf ein Waffenstillstandsabkommen und eine Friedensregelung begonnen. Ebenfalls stehen Tuzla und Gorazde hier als Orte einer potentiellen Verständigung und als ein Synonym für eine der vielzähligen Unterstützungsinitiativen, bei der eine Gruppe Osnabrücker Universitätsangehöriger trotz der Unübersichtlichkeiten in den Sommermonaten 1995 für die in Not geratenen Menschen in Bosnien und andernorts Geld und Sachspenden sammelte.<sup>3</sup>

Friedensarbeit in unserem Verständnis<sup>4</sup> ist nicht nur eine von den Neuen Sozialen Bewegungen angestoßene Nebenaußenpolitik. Sie sollte sich niemals ausschließlich in einer ›Kritik staatlichen Handelns‹ erschöpfen<sup>5</sup>, sondern jede Form entmenschlicher Politik skandalisieren. Erst eine Verschränkung von außenpolitischen und innergesellschaftlichen Aktivitäten verschiedener Gruppen, Organisationen und Institutionen, die auf den Ausschluß von Krieg und die Verringerung von Gewalt im Zusammenleben der Menschen abzielt, bietet Ansatzpunkte, die Unteilbarkeit des Weltfriedens zu vergegenwärtigen. In einer transnational ausgerichteten Friedensarbeit vor Ort werden sich handelnde Subjekte auf Themengebiete und Zielperspektiven beziehen, die immer in die jeweiligen spezifischen lokalen und kommunalen Gegebenheiten einer Stadt oder eines Kreises eingebunden sind und die im Kontinuum von vergangener Gegenwart und naher Zukunft behandelt werden.

Um zu erkunden, welche Erfahrungen in der Osnabrücker Region mit der bikonfessionellen Toleranz und der Integration von Umsiedlern, Umsiedlerinnen und Fremden nach 1945 gemacht worden sind, welche Themenschwerpunkte im Zusammenhang der Neuen Friedensbewegung aufgeworfen worden sind und wo Möglichkeiten zu einer transnationalen Friedensarbeit heute bestehen, geben wir in unserer ›kritisch-konstruktiven Bestandssicherung‹<sup>6</sup> einen ersten, vorläufigen und ergänzungsbedürftigen Einblick.

<sup>3</sup> Wir führen dieses Beispiel für eine Vielzahl von humanitären Hilfen von Osnabrücker Bürger/-innen, Krankenhauspersonal sowie Studierenden, von Betrieben, Speditionen und Bundeswehreinrichtungen an.

<sup>4</sup> Vgl. Dieter Kinkelbur, Stefan Kliensch. »Friedensarbeit zwischen Spontaneität und Verwissenschaftlichung oder Ein Plädoyer für eine Komplementarität und Synergie von lokaler und kommunaler Friedensarbeit«. *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft I* (1994), 170–190.

<sup>5</sup> S. Albert Statz. »Kommunale Außenpolitik – Ein Feld direkten politischen Engagements und praktischer Kritik staatlichen Handelns«. Institut für Internationale Politik (Hg.). *Kommunale Außenpolitik als Kritik staatlichen Handelns – Erfahrungen und politische Perspektiven*. Berlin 1994, 11–26, der in seinen Überlegungen nicht diskutiert, daß kommunales Handeln zumindest auch ein weiches staatliches Handeln ohne die Inanspruchnahme von Gewaltmitteln nach außen darstellt.

<sup>6</sup> Für unsere Gruppen- und Recherchearbeit waren unter methodologischen Gesichtspunkten für uns wichtig: Jürgen Friedrichs. *Methoden empirischer Sozialforschung*. Opladen 1980, 207–237; Johan Galtung. *Theory and Methods of Social Research*. London 1967, 161–163; Manfred Lueger. »Die soziale Situation im Interview«. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 14 (1989) 3, 22–36, sowie Manfred Sader u. a. »Eingeschränkt empfehlenswert: Teamarbeit in der Hochschule«. Dies. *Kleine Fibel zum Hochschulunterricht*. München 1970, 71–79.

Unsere Überlegungen bieten Bausteine für eine Arbeit an einer Friedensstadt, die – und das gehört auch zur Traditionspflege und zum Erbe des Westfälischen Friedens – nationale, intraeuropäische und interreligiöse Grenzziehungen nicht einzuebnen, aber sehr wohl zu überwinden hat.

Osnabrück wird dabei in dem Ausmaße zu einer Friedensstadt mit weltbürgerlichem Antlitz wie vor Ort neben die deklamatorische Forderung nach einem »globalen Denken« und neben die Pflege offizieller Städtepartnerschaften ein »lokales Denken und Handeln«<sup>7</sup> tritt. Es fällt dann nicht nur eine heroisierende Darstellung von Kriegstraditionen im Stadtbild<sup>8</sup> und eine Alltagsgewalt erzeugende Stadtplanung und Stadtteilarchitektur in den Blick, sondern auch die Gewalt im sozialen Nahbereichsraum.<sup>9</sup> Insbesondere eine andere Verkehrs- und eine alternative Energiepolitik werden dabei als Grundvoraussetzungen anzusehen sein, die eine »nachhaltige Selbstentwicklung Osnabrücks«<sup>10</sup> als den besten Beitrag dieser Kommune zu einer friedensfähigen Weltzivilisation ausweist.

## II. Von der Friedensbewegung zur Friedensarbeit – Eine Momentaufnahme der 80er Jahre

Wir haben betont: Friedensarbeit umfaßt ein facettenreiches und mehrdimensionales Handeln verschiedener sozialer Akteure. Ohne hier detailliert auf die Vorgeschichte<sup>11</sup> der sich im Widerspruch und im Widerstand gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschuß vom 12. Dezember 1979 herauskristallisierenden neuen Friedensbewegung einzugehen, muß im Rückblick ein Wandel der Motive des Engagements und die Veränderung von Bedrohungserfahrungen bei einer Kurzvorstellung der Friedensaktivitäten im letzten Jahrzehnt in Rechnung gestellt werden. Die Stadt Osnabrück zeichnete mit der Justus Möser-Medaille im Sommer 1979 *terres des hommes* für ihre Arbeit aus, die heute in der Öffentlichkeits- und Selbstdarstellungsarbeit als Friedensarbeit deklariert wird. Jedoch gingen wesentliche Impulse für Themen und Schwerpunkte von Friedensgruppen im Zusammenhang der gesellschaftlich wirksamen Friedensbewegung der frühen 80er Jahre aus.

Ohne eine Vollständigkeit zu beanspruchen, seien hier kurz Stationen und Schritte einer bereits bei jüngeren Generationen und heutigen Studierenden kaum noch präsenten Friedensbewegung des letzten Jahrzehnts in Erinnerung gerufen. Die unabhängige

<sup>7</sup> In zugespitzten, aber die weltpolitische Dimension negierenden Formulierungen s. zu einem Blickfeldwechsel auf die situative Gleichzeitigkeit von Globalem und Lokalem: Gustavo Esteva, Madhu Suri Prakash. »From »Global Thinking« to »Local Thinking« – Reasons to Go beyond Globalization towards Localization«. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 24 (1995) 2, 221–232.

<sup>8</sup> Eine studentische Arbeitsgruppe unter der Anleitung von Frau Prof. Held hat in einem mehrsemestrigen Lehrveranstaltungsprojekt begonnen, Kriegs- und Friedensbilder in Osnabrück zu registrieren und in einer später vorgesehenen Veröffentlichung gegenüberzustellen.

<sup>9</sup> Methodologisch formuliert: Jede Friedensexpertise hat für uns in einer Gewaltanalyse zu gründen. Wir können das hier jedoch nicht im wünschenswerten Umfang leisten, werden auch im folgenden die Aspekte der Gewalt gegen Frauen, alte und junge Menschen nicht immer explizit mit einbeziehen.

<sup>10</sup> Über politische Ausrichtungen hinweg wird derzeit in der Entwicklungstheorie und -praxis das Entwicklungsverständnis problematisiert. Nicht mehr der Andere und das Fremde, sondern vornehmlich das Eigene sowie der eigene soziale Handlungsraum werden als entwicklungsbedürftig angesehen. S. u. a. Peter Atteslander (Hg.), *Kulturelle Eigenentwicklung. Perspektiven einer neuen Entwicklungspolitik*. Frankfurt/Main, New York 1993; Günter Freudenberg, *Ziel- oder prozeßorientierte Zusammenarbeit mit Projektpartnern im Süden*. Osnabrück 1994, und Friedrich H. Tenbruck, *Die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft. Der Fall der Moderne*. Opladen 1989.

<sup>11</sup> Über die Phase 1945–1968/1979 fehlen in Osnabrück – wie in vielen Städten – nicht nur häufig Material, sondern auch aufbereitete Informationen. Die an Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich sowie Polen orientierte Arbeit der Osnabrücker Pax-Christi-Gruppe unter dem Vorsitz von Dr. Werner Ohaus – geistlicher Beirat war in den siebziger Jahren der Diözesancaritasdirektor Johannes Beine – wäre hier z. B. nicht nur ein Beitrag zu einer Vereinsgeschichte, sondern darüber hinaus ein Beitrag zu einer sozialgeschichtlichen Heimatgeschichte. Zur Organisationsgeschichte s. Pax-Christi – Deutsches Sekretariat (Hg.). »75 Jahre katholische Friedensbewegung in Deutschland«. *Probleme des Friedens* (1995), 2.

Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI) führte einen überregionalen und bundesweiten Kongreß im Zusammenhang mit der Stationierungsdiskussion durch, um Methoden und Möglichkeiten einer Verhinderung der Stationierung neuer, nuklearer Mittelstreckenraketen zu diskutieren. Im Rahmen berufsbezogener Friedensarbeit wurde 1985 eine Ortsgruppe der »Ärzte gegen den Atomkrieg« (IPPNW) gegründet, welche 1986 anlässlich des atomaren Reaktorunfalls in Tschernobyl eine regionale Kooperation mit der Linger Bürgerinitiative gegen das Kernkraftwerk in der Umgebung Osnabrücks aufbaute. Mitte der 80er Jahre begann die Pax-Christi-Regionalgruppe, die einen Arbeitsschwerpunkt in der Beratung von jungen Wehrpflichtigen und Kriegsdienstverweigerern hat, das Themenfeld Rüstungsexporte zu bearbeiten. Die internationale Guernica-Gesellschaft bemüht sich in Veranstaltungskooperationen mit der Volkshochschule und der Universität, künstlerische Akzente im Rahmen der insbesondere von der UNESCO propagierten Arbeit an einer »Friedenskultur«<sup>12</sup> zu setzen. Das Erich Maria Remarque-Archiv an der Universität eröffnet durch seine editorische und verlegerische Arbeit den Zugang zu einem bedeutenden Schriftsteller und in Osnabrück geborenen Antimilitaristen des 20. Jahrhunderts. Die Stadt Osnabrück unterstützt die Vermächtnispflege des Remarque-Archivs, indem sie seit 1991 alle zwei Jahre einen Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis an in- und ausländische Personen verleiht.<sup>13</sup> Um nach dem Umbruch in Europa in der Garnisonsstadt Osnabrück eine Abrüstung vor Ort zu konkretisieren, haben Friedensgruppen und -organisationen wie IPPNW und die OFRI in den letzten Jahren die Einrichtung eines Konversionsbeauftragten durch die Stadt angeregt.

Zwei Merkmale erster Ansätze für eine stadtbezogene Friedensarbeit und einer Momentaufnahme des sozialen Protestes stellen wir heraus, wie immer die Dauerhaftigkeit und Tragfähigkeit des Friedensengagements der 80er Jahre eingeschätzt wird: Als Stätten der Erinnerung an Gewalt- und Folteropfer haben sich in der Arbeit der letzten zwei Jahrzehnte für einen Stadtrundgang zu Friedensschauplätzen<sup>14</sup> einige Friedensorte in das öffentliche Bewußtsein eingepreßt. Zu nennen sind hier exemplarisch: Der westfälische Friedenssaal im Osnabrücker Rathaus, in dem die *Osnabrücker Friedensgespräche* – zunächst als Reaktion auf die Friedensbewegungsaktivitäten – stattfinden; der Nikolaiort als öffentlicher Raum für Protestdemonstrationen, Mahnwachen und Schweigekreise; die Lagerhalle als soziokultureller Veranstaltungsort mit regionaler Ausstrahlung; die im Westflügel des Schlosses neu errichtete Gedenktafel, die an die Gestapozone als eine Stätte für Unrechtstaten in der Stadt<sup>15</sup> auf heutigem Hochschulgelände erinnert.

Der zweite Gesichtspunkt berührt den Zusammenhang und die Dialektik zwischen Bewegungs- und Aufbauarbeit. Wie andernorts in Deutschland, der Schweiz und anderen

<sup>12</sup> Neben der UNESCO-Arbeit wäre hier auf Studien und Veröffentlichungen im Zusammenhang der International Peace Research Association (IPRA) näher einzugehen.

<sup>13</sup> 1995 erhielt den Remarque-Preis der israelische Journalist und Oppositionelle Uri Avnery. Ein Sonderpreis wurde dem bosnischen Schriftsteller Miljenko Jergovic verliehen. S. Jutta Sauer, Thomas Schneider, Tilman Westphalen (Hg.). *Erich Maria Remarque. Friedenspreis der Stadt Osnabrück. Verleihung an Lew Kopelew und Anja Lundholm 1991*. Osnabrück 1992; Jutta Sauer, Thomas Schneider, Tilman Westphalen (Hg.). *Erich Maria Remarque. Friedenspreis der Stadt Osnabrück. Verleihung an Hans Magnus Enzensberger und Dörte von Westernhagen*. Osnabrück 1994.

<sup>14</sup> Wir nehmen hier Überlegungen von Robert Jungk auf, der für ein demokratisches Gemeinwesen auf die Notwendigkeit von »Friedensinseln«, die sich ausbreiten, hingewiesen hat.

<sup>15</sup> Die Gedenktafel für die ermordeten jüdischen Bürger/-innen befindet sich am Markt im Durchgang zur Stadtbibliothek, die für die Osnabrücker Sinti an der sog. Stadtwaage (heute Standesamt). An die Pogrome am 9. November 1938 und die Deportationen erinnern Hinweistafeln an der Alten Synagogenstraße (Regierungsgebäude) und an der Pottgrabenschule. Näheres dazu: Pax Christi-Basisgruppe Osnabrück, Antifaschistischer Arbeitskreis Osnabrück (Hg.). *SpureNSuche. Osnabrück 1933–1945. Ein Stadtrundgang zu den Orten von Verfolgung und Widerstand in Osnabrück 1933–1945*. Osnabrück 1995. Ein fächerübergreifendes Seminar unter Leitung von Prof. Dr. Martin Benthold geht im WS 1995/96 der Frage nach »Orte(n) organisierter Gewalt« weiterhin nach.

westeuropäischen Ländern<sup>16</sup> transformieren sich auch in Osnabrück Friedensbewegungsaktivitäten zugunsten des Primats Qualität statt Quantität. Eine Professionalisierung, die so lange der Gefahr einer Semi-Professionalität ausgeliefert ist, wie sie in außerinstitutionellen Nischen verharnt, umfaßt nicht die gesamte Bewegung, sondern einen kleineren Teil der ›kritischen Masse‹. In Folge einer Institutionalisierung, die Massenpräsenz durch Dauerrepräsentanz ersetzt, werden alte Anliegen weitergetragen und neue Themen aufgegriffen. Spätestens mit der im Oktober 1992 vollzogenen Einrichtung eines städtischen Friedensforums und dem ›Sichtwechsel‹-Kongreß vom November 1994, der friedenspolitische Fragen in entwicklungspolitische Aufgabenstellungen einbezogen hat<sup>17</sup>, vollzieht sich nicht nur der eine oder andere Themenwechsel, sondern gleichfalls der Schritt von der Spontanität der Bewegungs- und Initiatarbeit zur lokalen und kommunalen Friedensarbeit, die zunehmend von Organisationen und Institutionen getragen wird.

### **III. Osnabrücker Friedensgespräche: Fokus kommunalen und universitären Friedensengagements – ›Blinder Fleck Kommune‹**

In einem Artikel zur lokalen und kommunalen Friedensarbeit in Osnabrück ist es unumgänglich, den *Osnabrücker Friedensgesprächen* ein eigenes Kapitel zu widmen. Zunächst sei davor gewarnt, sie als die kommunale Friedensarbeit zu titulieren. Es ist aber sicherlich möglich, von dem Ort der Friedensarbeit der Stadt und der Universität Osnabrück zu sprechen, dem in gewisser Weise eine paradigmatische Bedeutung zukommt und der einen Fokus kommunaler und universitärer Friedensarbeit darstellt. Einerseits deswegen, weil es die *Osnabrücker Friedensgespräche* bereits<sup>18</sup> seit 1986 gibt, andererseits, weil sie im Rahmen der derzeitigen »Konzeption Friedensförderung in Osnabrück« noch am ehesten, weil kontinuierlich mit ca. 6–8 Veranstaltungen im Jahr, die Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger unmittelbar anzusprechen versuchen. Diese Bedeutung ist in der demokratisch legitimierten Neukonzeption der Stadt Osnabrück von 1992 begründet und gestaltete die Osnabrücker Friedensgespräche zu einer Institution (Initiativbereich II) städtischen Friedensengagements in Kooperation mit der Universität neben dem Friedenspreis und dem Friedenstag (Initiativbereiche I und III), die vom Friedenskomitee koordiniert sowie durch Empfehlungen vom Friedensforum begleitet werden.<sup>19</sup> Durch die damit einhergehende Konstituierung des Wissenschaftlichen Rates (Wissenschaftler/-innen der Osnabrücker Fachhochschulen und der Universität) und der Einrichtung einer geschäftsführenden Stelle ist mit der Institutionalisierung ebenso eine Professionalisierung gegeben. Die Heterogenität in der Konstellation des Wissenschaftlichen Rates

<sup>16</sup> S. etwa die Berichte und Selbsteinschätzungen von Stephan Andreas Casdorff. »Was macht eigentlich die Friedensbewegung? Vom Hofgarten in den Hinterhof – kein Rückzug«. *Süddeutsche Zeitung* vom 16. August 1995, 3, und dem Schweizer Friedensrat. »Von der Friedensbewegung zur Friedensarbeit«. *Neue Wege* 89 (1995) 6, 174–176, sowie zum stummen Zwang neuer sozialer Bewegungen, sich nicht als Dauerbewegung einzurichten, wenn sie erfolgreich und wirkungsmächtig sein wollen, die wichtige Arbeit von Roland Roth. *Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution*. Köln 1994.

<sup>17</sup> Die Entwicklung, das Scheitern und die Selbstauflösung des losen Zusammenschlusses der »Gemeinden für den Frieden« wäre hier exemplarisch zu untersuchen. Der Wandel von der Bewegungsarbeit einzelner Kommunalpolitiker zur Friedensarbeit in den Kommunen gelingt auch deshalb nicht, weil die Internalisierung von Friedensaufgaben unterbleibt.

<sup>18</sup> Vgl. Manfred Spieker (Hg.). *Friedenssicherung*. 5 Bde. Münster 1987–1992. Wir verweisen in diesem Kontext auf die isolierte Existenz der *Friedensgespräche* bis zur Neukonzeption 1992. Trotz ihres interdisziplinären Ansatzes bleiben sie und die Auswertungsbände ein Forum ideologisch gleichgesinnter Personen und Positionen.

<sup>19</sup> Vgl. *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft* I (1994), 192–201.

und die Unabhängigkeit gegenüber der Kommune sind hier Pfeiler wider die Eindimensionalität in der inhaltlichen und politischen Ausrichtung. Hermeneutischer Ausgangspunkt und kriteriologischer Maßstab der Konzeption Friedensförderung der Stadt und der Universität Osnabrück ist die Selbstverpflichtung zur »Förderung des Friedensgedankens und der Friedenssicherung« als Stadt in der Tradition des westfälischen Friedensschlusses.<sup>20</sup>

Auffällig bleibt angesichts der für eine Kommune, obwohl noch jungen, aber dennoch begrüßenswerten und modellhaften Friedenskonzeption jedoch ein ›blinder Fleck Kommune‹ in der inhaltlich-thematischen sowie zielorientierten Auswahl und Gestaltung der *Friedensgespräche*. Wie ist das zu verstehen? Die *Osnabrücker Friedensgespräche* exemplifizieren aufschreckend eindeutig die These der Überdeterminiertheit der »unteren« von den »oberen« Sozialebenen.<sup>21</sup> Nicht nur die Tatsache, daß lediglich zwei Artikel zur kommunalen und lokalen Friedensarbeit in den Publikationen der alten und neuen *Osnabrücker Friedensgespräche* zu finden sind<sup>22</sup>, verweist auf diesen ›Blinden Fleck Kommune‹, sondern daß keine Veranstaltung der *Friedensgespräche* trotz ihrer Neukonzeption bis jetzt originär und prioritär Fragen kommunaler und lokaler Friedensarbeit angesichts heutiger Globalisierungstendenzen und Fragmentarisierungerscheinungen auf den unteren Sozialebenen thematisiert. Ob es sich um friedentheoretische Fragestellungen, aktuelle, d. h. das öffentliche Interesse betreffende Themen oder die Minderheitenthematik, die als die drei Konkretionen der Friedensförderung im Rahmen der *Friedensgespräche* anzusehen sind, oder um andere Teilaspekte der Friedensfrage handelt, die Möglichkeit der Fokussierung auf die Kommune Osnabrück wird zwar nicht ausgeschlossen, hat aber nachgeordneten Charakter.

Ist die Kommune selbst kein Thema einer kommunalen Konzeption Friedensförderung? Gibt es eine Leerstelle Friedensarbeit im Mikrobereich? Ist die vielbeschworene Tradition der Stadt des Westfälischen Friedensschlusses und ihrer Universität nicht geradezu eine Selbstverpflichtung zum Diskurs, der sich an der Identifizierung und der Analyse von Gewalt und Gewaltpotentialen in dem Mikrokosmos ›Stadt‹, der Entwicklung von Strategien der Gewaltminderung und Gewaltprävention orientiert? Sollten die *Osnabrücker Friedensgespräche* nicht auch Ort des Ringens um die Utopie der weltgesellschaftlichen Friedensstadt Osnabrück sein?

#### **IV. Modell Osnabrück? – A3W und KEZ auf dem Weg zu Einer Welt?<sup>23</sup>**

Die für die Friedensbewegung der 80er Jahre skizzierte Themenverschiebung und Erweiterung des Friedensverständnisses hat auch innerhalb der friedens- und entwicklungspolitischen Bewegung Einfluß und Widerhall gefunden: Die Vorstellung von dem, was Frieden ist und sein könnte, umfaßt nach dem Ende des Kalten Krieges längst nicht mehr nur militärische Fragen in ihrer gesamten Bandbreite. Politische Ereignisse und Willensbe-

<sup>20</sup> »Konzeption Friedensförderung. Beschluß des Rates der Stadt Osnabrück vom 13. Oktober 1992«. *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft* I (1994), 192–193.

<sup>21</sup> S. dazu immer noch Christiane Rajewsky. »Möglichkeiten und Ansatzpunkte friedensorientierter Kommunalpolitik«. *Rundbrief Verein für Friedenspädagogik* (1985), 4, 2–10.

<sup>22</sup> Dazu gehört der Beitrag von Kinkelbur, Kliesch, 1994, der sich um eine Konzeptualisierung des Aufgabenfeldes bemüht, hier in einer Osnabrücker Bestandsaufnahme ergänzt wird und später um eine vergleichende Perspektive von kommunalen Politiken erweitert werden soll.

<sup>23</sup> A3W: Aktionszentrum 3. Welt; KEZ: Büro für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. – Obwohl dem Begriff »Eine Welt« eine Tendenz innewohnt, bestehende Machtverhältnisse zu verschleiern, wird er von uns im Sinne des anzustrebenden Ziels gebraucht.

kundungen wie die Herausgabe des Brundtlandberichtes<sup>24</sup> sowie insbesondere die Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio 1992 bilden Foren und den konzeptionellen Handlungsrahmen für die Neuakzentuierung eines Verständnisses von Frieden, das nicht nur das friedliche Miteinander von Menschen, sondern auch der Menschen gegenüber der Natur umfaßt. Entwicklungspolitische Aspekte, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit weltweit und ökologische Fragestellungen nach dem Erhalt der Lebensgrundlagen treten in ihrer Verbindung in das öffentliche Bewußtsein und bestimmen die Grundlagen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Die ökologische und die entwicklungspolitische Dimension von Friedensarbeit verknüpfen sich in Osnabrück im vom Rat einstimmig beschlossenen Beitritt zum Klimabündnis (3. November 1992). Diese national verwobene und international tätige Städtevereinigung setzt sich angesichts weltweiter Verflechtungen, Abhängigkeiten und Rückwirkungen für eine »gegenseitige Unterstützung über kommunale Grenzen hinweg«<sup>25</sup> ein. Der Beitritt zum Klimabündnis mit einem europaweiten Koordinationsbüro in Frankfurt/Main erfolgte auf Initiative des A3W, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, entwicklungspolitische Bildungsarbeit u. ä. in Kooperation mit der städtischen Volkshochschule durchzuführen, die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern des Klimabündnisses COICA<sup>26</sup> zu koordinieren und die Einhaltung der von der Stadt eingegangenen Vereinbarungen und Selbstverpflichtungen zu begleiten und zu kontrollieren.

Seit über 10 Jahren leistet das A3W eine basisorientierte entwicklungspolitische Arbeit. Absicht bei der Gründung des Vereins war es, eine angestrebte Konzentration der Dritte-Welt-Arbeit in Osnabrück zu erreichen, einen Handlungs-, Versammlungs- und Aktionsort zu schaffen sowie Dienstleistungen für Interessierte bereitzustellen. Der Weltladen, Arbeitsgruppen, schulische und außerschulische Bildungsmaßnahmen sowie Veranstaltungen ließen das Aktionszentrum zu einer zentralen Anlaufstelle für die verschiedensten Gruppen und Organisationen – nicht nur lokal – werden und bewirkten eine Bündelung der entwicklungspolitischen Kräfte, deren Dynamik sich durch die Einbindung des A3W in einem beständigen Informationsfluß und einer interinstitutionellen Zusammenarbeit<sup>27</sup> entfalten kann.

Zusammen mit der Organisation *terre des hommes* und der Arbeitsgruppe Sozialökonomie und Kultur der Dritten Welt an der Universität Osnabrück<sup>28</sup> bildet das Aktionszentrum ein Fundament für die kommunale Aspekte berücksichtigende entwicklungspolitische Arbeit in Osnabrück. In diesen Vereinigungen und Büros findet die Stadt kompetente Ansprech- und anerkannte Kooperationspartner. Zum 1. Januar 1994 wurde mit

---

<sup>24</sup> S. Volker Hauff (Hg.). *Unsere gemeinsame Zukunft. (Brundtland-Bericht)*. Greven 1987. Der Bericht hebt die Rolle lokaler Gemeinwesen für die Lösung der Weltprobleme zwar hervor, bleibt jedoch unkonkret darüber, was die Kommunen zu leisten haben. Kritisch dazu: James E. Hickey, Linda A. Longmire (Hg.). *The Environment: Global Problems, Local Solutions*. Westport/Connecticut, London 1994.

<sup>25</sup> »Osnabrück im Klimabündnis«. *Relaciones* (1994) 4, 4.

<sup>26</sup> COICA: Koordination indigener Organisationen des Amazonasbeckens.

<sup>27</sup> Das A3W ist seit 1991 Mitglied der interdisziplinär angelegten Veranstaltungsreihe Colloquium Dritte Welt an der Universität Osnabrück, die es inhaltlich mitbestimmt; Mitglied im Friedensforum der Stadt Osnabrück; Mitglied im Verein zur Förderung von entwicklungspolitischen Initiativen und Zusammenarbeit in Niedersachsen e. V. (VEN).

<sup>28</sup> Neben dem Colloquium Dritte Welt ist hier auch das Übersetzungsprojekt von Studierenden und Dozenten OBEMA zu erwähnen. Die Angewiesenheit institutioneller Arbeit auf Bewegungsaktivitäten läßt sich nicht nur für interkulturelle Fragen, sondern auch für Frauen- und Friedensfragen verdeutlichen. Vereinfacht betrachtet: Solidaritäts-, Frauen- und Friedensarbeit können sich ohne direkten Bezug zur Entwicklungs-, Frauen- und Friedensforschung vollziehen. Aber erst dann, wenn sich außerhalb der Hochschulen der Bewegungssektor etabliert hat, kann sich von der wissenschaftlichen Seite aus gesehen die innerinstitutionelle Arbeit zu einer interinstitutionellen Kooperation wandeln. Die Eigenständigkeit und relative Autonomie von Entwicklungs-, Frauen-, Umwelt- und möglicherweise Friedensbüros verbessert und erhöht die Chancen für symmetrische Austauschbeziehungen zwischen »professioneller« und »professionalisierter« Arbeit.

der Einrichtung des »Büros für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ)« die entwicklungspolitische Arbeit in Osnabrück institutionalisiert. Das Büro setzt sich aus jeweils einer Stelle im Amt für Kultur und Museen der Stadt und im A3W zusammen und greift auf die Mitarbeit von terre des hommes und einem weiteren Vertreter des Aktionszentrums zurück. Der Aufbau und die Konstruktion der Bürogemeinschaft beabsichtigen und gewährleisten eine möglichst breite Beteiligung aller entwicklungspolitischen Kräfte (in) der Stadt.

In dem Selbstverständnis, ein Zentrum gesellschaftlicher Innovation zu sein und als Einrichtung einen Beitrag zur realen Verbesserung der Situation in anderen Ländern leisten zu wollen und zu können, setzt das KEZ zwei Arbeitsschwerpunkte: zum einen Aufklärungs- und Bildungsarbeit, die die Voraussetzungen und die Bereitschaft für die Akzeptanz zur Umsetzung notwendiger Strukturveränderungen im Norden und vor Ort zu schaffen haben, zum anderen wird für die materielle und immaterielle Förderung<sup>29</sup> eines von terre des hommes begleiteten Berufsbildungsprojekts (Mupfure College) in Chegutu/Zimbabwe gesorgt.

Bereits in den 80er Jahren wurden verschiedene Entwicklungsprojekte in Ländern der Dritten Welt finanziell von der Stadt Osnabrück gefördert, allerdings noch ohne begleitende Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen über die Ursachen und Entstehungsgründe von »Unterentwicklung«. Die Anregung zu einem erweiterten Ansatz von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit erfolgte 1989 über die Partnerstädte Haarlem und Angers während eines Symposiums in den Niederlanden<sup>30</sup> zum Thema »Kommunale Entwicklungshilfe«. Mitte der 90er Jahre stellt die Stadt Osnabrück selbst den Zusammenhang zwischen der nachhaltigen Förderung von Frieden, »Entwicklung« und Umwelt in ihrer Konzeption für kommunale Entwicklungszusammenarbeit her: Durch lokale und grenzüberschreitende Aktivitäten will die Stadt an der Lösung weltweiter Aufgaben mitwirken; ihr eigenes entwicklungspolitisches Engagement, das soziale Spannungen entschärfen hilft, wird als »konkrete Friedensarbeit«<sup>31</sup> verstanden.

Bei einem Vergleich mit anderen deutschen Kommunen wird deutlich, daß die Stadt Osnabrück im Bereich ihrer Außenpolitik, vor allem im Rahmen ihrer kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu einer »friedenspolitischen Weltstadt« avanciert, sowohl hinsichtlich der finanziellen Aufwendung der Stadt für diesen neueren Politikbereich als auch hinsichtlich der erfolgten Bilanzierung der bestehenden Beziehungen zur Dritten Welt<sup>32</sup>, die zum Ausgangspunkt für die Erstellung einer lokalen Agenda 21 werden soll. Das »Osnabrücker Modell«<sup>33</sup> muß sich jedoch an konkreten Umsetzungskonzepten und

<sup>29</sup> Im Haushaltsetat der Stadt sind für die Projektförderung einschließlich bildungspolitischer Arbeit vor Ort DM 50.000,- bereitgestellt. S. *Konzeption KEZ* (1994), 3. Des Weiteren wird die Städtepartnerschaft von Angers mit Bamako mit DM 20.000,- pro Jahr unterstützt.

<sup>30</sup> Vgl. zu den niederländischen Erfahrungen und Ansätzen die Beiträge von Tabe Jorritsma. »Kommunale Entwicklungspolitik in den Niederlanden – Die Rollen der Zentren für Entwicklungszusammenarbeit«. Institut für Internationale Politik (Hg.). *Kommunale Außenpolitik als Kritik staatlichen Handelns – Erfahrungen und politische Perspektiven*. Berlin 1994, 49–53, und von Paul von Tongeren. »Große Städte und Entwicklungszusammenarbeit – Eine Fallstudie über die Niederlande«. K. Friedrich Schade (Hg.). *Global denken – lokal handeln. Theoretische, konzeptionelle und evaluierende Impulse*. Frankfurt/Main 1994, 269–281.

<sup>31</sup> Stadt Osnabrück (Hg.). *Konzeption: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit*. Osnabrück o. J., 1.

<sup>32</sup> Stadt Osnabrück, Aktionszentrum Dritte Welt, terre des hommes (Hg.). *Dritte Welt Bilanz – Menschen erkunden ihre Stadt*. Osnabrück 1995; »Dritte Welt«-Bilanz der Stadt Osnabrück, Arbeitsgruppe Sozialökonomie und Kultur der Dritten Welt der Universität Osnabrück (Hg.). *Handbuch für entwicklungspolitische Arbeit in Osnabrück 1995*. Osnabrück 1995. Zu erwähnen ist auch für die entwicklungspolitische Sensibilisierungsarbeit eine rege Ausstellungstätigkeit verschiedener Gruppen und Einrichtungen.

<sup>33</sup> Zur positiven Rezeption s. für Münsteraner Aktionsgruppen z. B. Paul Breitenstein. »Sichtwechsel. Kommunen zwischen lokaler Anforderung und weltweiten Problemen«. Eine Welt Forum Münster (Hg.). *Global denken – lokal handeln. Münsters Eine-Welt-Gruppen stellen sich vor*. Münster o. J., 46–48, sowie im Umfeld sozialdemokratischer

den Erfolgen messen lassen. Denn sonst besteht die Gefahr, eine Führungsrolle und Modellfunktion zu übernehmen und somit »als Einäugiger zum König unter Blinden zu werden«, ohne jedoch notwendige Strukturveränderungen als Daueraufgabe einer selbstbezogenen und weithorizontigen Kommunalpolitik konsequent anzugehen. Der notwendige sozial- und umweltverträgliche Umbau der Stadt Osnabrück steht bezogen auf die Vielzahl verlautbarter Willensbekundungen<sup>34</sup> – wie andernorts – noch am Anfang. Um nicht mißverstanden zu werden: Konzeptionsloser Aktionismus scheidet als Lösung von Gegenwartsproblemen ebenso aus wie das Produzieren von Papiertigern. Gerade deshalb müssen sich auch Konzepte zur CO (2)-Reduktion, wie sie der Runde Tisch »Klimaschutz« im Dialog mit Vertreter/-innen aus Politik, Administration, Wirtschaft und Bürgerinitiativen entwickelt, in ihrer Umsetzung und Wirksamkeit noch bewähren.

## V. Die Kommune als sozialer Akteur und Mikrokosmos

Kommunen sind sowohl Bestandteil als auch Akteur innerhalb eines komplexen Netzes nationaler und internationaler Politik. Versäumnisse und Fehler der Weltpolitik haben Auswirkungen auf die Kommunen und sind lokal erfahrbar, sei es bezogen auf die bedrohlichen ökologischen Schädigungen (Treibhauseffekt, Abnahme der Ozonschicht, Sommerozonmog usw.) oder auf die anhaltende Zuwanderung von Arbeitsmigrant/-innen und Flüchtlingen (trotz der auf eine Abschottung in einer »Festung Europa« abzielenden Asylgesetzgebung in Deutschland). Ursachen der Migrationsbewegungen sind größtenteils in Krieg, Armut, politischer Verfolgung und ökologischer Zerstörung von Lebensbedingungen zu sehen.<sup>35</sup>

In vielen alten und neuen Politikfeldern ist erkennbar: An die Kommunen werden zunehmend die Anforderungen und Lasten eines Mikrokosmos gestellt, die die Bedeutung der Kommune als weltpolitischem Akteur wachsen lassen.<sup>36</sup> In den letzten Jahren haben sich neue »außenpolitische« Spielräume für Kommunen, die sich auch als »weltinnenpolitische« Beiträge verstehen lassen können<sup>37</sup>, ergeben und werden von diesen bewußter wahrgenommen.<sup>38</sup> Spätestens mit dem kleinen, aber vielfach und vielerorts auf-

---

Gemeinden die Zusammenstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung über verschiedene städtische Initiativen unter dem Motto »Osnabrück beweist die perfekte Arbeitsteilung«. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). *Kommunale Nord-Süd-Zusammenarbeit*. Bonn 1994, 7–8.

<sup>34</sup> Das Dilemma wird an der Berlin-Charta deutlich. Sie ist bei der Internationalen Nord-Süd-Konferenz von Towns and Development und dem Europarat im Jahre 1992 verabschiedet worden, aber sie verbleibt als ein Legitimationsrahmen für kommunales Engagement unterhalb der Schwelle eines realen Umbaus der Städte und der Umverteilung von Finanzmitteln.

<sup>35</sup> Die Verfasser des Osnabrücker Memorandums beschreiben die Migrationsbewegungen von »Süd« nach »Nord« als eine Folge der Expansion der Industrienationen gen Süden: Kriege im Süden wurden durch Waffenexporte aus dem Norden erst möglich gemacht bzw. angefacht, Umweltzerstörungen wurden und werden durch das Industriesystem des Nordens im Süden (mit)verursacht, das derzeit wachsende Nord-Süd-Wohlstandsgefälle gründet zu einem beachtlichen Anteil auf die Ausbeutung der Peripherie. Vgl. Massarrat, Széll, Wenzel. »Osnabrücker Memorandum«. Mohssen Massarrat, Hans-Joachim Wenzel, Birgit Sommer, György Széll (Hg.). *Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis*. Freiburg/Breisgau 1993, 497–505.

<sup>36</sup> Zur Rolle nordamerikanischer Städte in der Phase des Kalten Krieges s. David Cortright (Hg.). *Peace works: The Citizen's Role in Ending the Cold War*. Boulder 1991; zum spezifischen Hintergrund Wolfgang Karrer. »Die Friedensbewegung in den USA«. Walter Aschomeit, Michael Daxner (Hg.). *Krieg und Frieden. Osnabrücker Vorlesungen 1983/84*. Osnabrück 1984, 270–281; sowie zu staaten- und gesellschaftsbezogenen Unterschieden Christian Melbeck. »Die Machtstruktur deutscher und amerikanischer Städte in Abhängigkeit von institutionellen Rahmenbedingungen«. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1990), B 25, 37–45.

<sup>37</sup> Vgl. dazu insbesondere den Beitrag von Dieter Senghaas. »Weltinnenpolitik: Ansätze für ein Konzept«. Ders.. *Wohin driftet die Welt?* Frankfurt/Main 1994, 170–188. Unerlässlich ist jedoch ein nicht affirmativer, realutopischer und systemtranszendierender Gehalt weltgesellschaftlicher Politiken.

<sup>38</sup> Vgl. Beate Wagner. »Städtepartnerschaften mit Kommunen in der Dritten Welt«. *Reader der Tagung Sichtwechsel*. Osnabrück o. J., 20–23.

gegriffenen Kapitel 28 der in Rio entwickelten Agenda 21 für das kommende Jahrhundert<sup>39</sup> wird ihnen aufgrund ihrer Bürgernähe eine entscheidende Rolle für die Bewältigung der globalen Probleme und der Zukunftssicherung für künftige Generationen zuerkannt. Was sich hier in Ansätzen vollzieht, schlägt sich bereits im Ringen um Einfluß und politische Gestaltungsmacht nieder: Auf die »Bühne der Weltpolitik«, die bislang von nationalen und internationalen Darstellern aus Politik und Administration dominiert wurde, tritt nun ebenfalls ein »kommunaler Chor«, bestehend aus Politiker/-innen, Beamt/-innen, Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen (NGO).

Eine Bestandsaufnahme der kommunalen Außenpolitik läßt erkennen, daß versucht wird, Städtepartnerschaft als ein altes Verständigungsinstrument mit neuen friedenspolitischen Zielsetzungen zu füllen: Die Stadt Osnabrück pflegt seit über 30 Jahren eine »traditionelle Außenpolitik«. Gemeint sind damit die bestehenden westeuropäischen Städtepartnerschaften mit Angers (Frankreich) und Haarlem (Niederlande) sowie mit Derby (Großbritannien) seit Mitte der 70er Jahre, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Bestreben nach Aussöhnung und dauerhafter Völkerverständigung geschlossen worden sind. 1971 entstand die Städtefreundschaft mit der österreichischen Stadt Gmünd. Die internationalen Beziehungen Osnabrücks erschöpfen sich jedoch nicht in Städtepartnerschaften innerhalb Westeuropas. Bemerkenswert ist ein frühzeitiger Brückenschlag nach Osteuropa. Bereits 1986 wurden mit der Stadt Twer (heute Rußland) Gespräche über Rahmenbedingungen eines Partnerschaftsvertrags<sup>40</sup> geführt; 1988 ging Osnabrück eine Städtepartnerschaft mit der Universitätsstadt Greifswald in der damaligen DDR ein. Zur kontinentübergreifenden Außenpolitik zählt die freundschaftliche Beziehung mit Evansville in den USA. Aus der lokalen Kultur- und Sozialarbeit mit den in Osnabrück lebenden Migrant/-innen sind die Kontakte zu Vila Real (Portugal) und Canakkale (Türkei) entstanden.<sup>41</sup>

Vor dem Hintergrund sich verändernder Verständigungsansprüche wird versucht, diesen Städteverbindungen, denen bislang die Funktion eines Informationsdialoges zwischen politischen Repräsentanten zukam, eine inhaltliche Neuorientierung zu geben. Bestehende Städtenetzwerke, einschließlich der EUREGIO<sup>42</sup> und des länder- und nationalstaatsgrenzenübergreifenden Städtedreiecks mit Münster (NRW) und Enschede/Hengelo (Niederlande) sollen genutzt werden, um gemeinsam an Lösungen der in europäischen sowie außereuropäischen Städten vorfindbaren Probleme zu arbeiten. Der Zusammenarbeit »mit ärmeren Regionen Europas und Partnern in Ländern der Dritten Welt«<sup>43</sup> kommt dabei eine besondere Bedeutung für eine weltgesellschaftliche Sensibilisierung in der eigenen Stadt zu. In diesem entwicklungspolitischen Kontext ist die Kooperation der Stadt Osnabrück mit den Städten des afrikanischen Kontinents Chegutu (Zimbabwe) und Bamako (Mali) zu sehen. Der jüngst aufgenommene Kontakt zur kurdischen Stadt Lice in der Provinz Diyarbakir<sup>44</sup> dokumentiert die friedenspolitischen Bemühungen der Kommune Osnabrück, neue politische Wege zu gehen, die eigenen Handlungsmög-

<sup>39</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.). *Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente – Agenda 21*. Bonn 1992, 231–232.

<sup>40</sup> 1994 wurde der Partnerschaftsvertrag mit Twer geschlossen.

<sup>41</sup> Die interstädtische und interkulturelle Zusammenarbeit wurde zunächst von Bürger/-innen der beteiligten Städte getragen, später in den Freundschaftsverträgen (Vila Real 1989, Canakkale 1994) politisch formalisiert. Vgl. Margret Poggemeier. »Canakkale und Vila Real. Die interkommunalen Beziehungen«. *Dritte Welt Bilanz: Osnabrück – Menschen erkunden ihre Stadt*, 116–118.

<sup>42</sup> In dem zweibändigen Gutachten der Forschergruppe Städtedreieck über das *Städtedreieck Enschede/Hengelo – Münster – Osnabrück*. O. O. 1993, wird am Rande (Bd 1: 162–74; Bd 2: 247) auf Entwicklungszusammenarbeit eingegangen. Dieses Themenfeld gleicht einem Appendix.

<sup>43</sup> Stadt Osnabrück. *Konzeption: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit*, 14.

<sup>44</sup> Die Initiative zur Kontaktaufnahme und humanitären Unterstützung kam von in Osnabrück lebenden Kurd/-innen, nachdem Lice am 22.10.1993 durch einen Angriff des türkischen Militärs nahezu dem Erdboden gleichgemacht

lichkeiten zu nutzen und friedensfördernde Kräfte im kurdisch-türkischen Konflikt zu stärken und damit eine Politik, die auf Dialog und Begegnung setzt, zu unterstützen. Daß ein solches Friedenszeichen bei den Bürgern und Bürgerinnen der Stadt Lice ankommt, wird vom dortigen Bürgermeister Behcet Tektas stellvertretend bestätigt: »Der Kontakt der Stadt Osnabrück mit unserer Stadt ist für uns ein bedeutendes Fenster nach außen.«<sup>45</sup>

Eine wechselseitige Verknüpfung verschiedener Sozialebenen und die Durchlässigkeit weltgesellschaftlicher Niveaus führen dazu, daß Kommunen, wie in der Osnabrücker-Eine-Welt-Studie mehrfach dargelegt wird, zwischen lokale Anforderungen und weltweite Probleme<sup>46</sup> geraten und sich neuartig herausfordernde Problemkonstellationen ergeben. Der Beitritt Osnabrücks zum Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Regenwaldvölkern zum Schutz der Erdatmosphäre<sup>47</sup> ist ein Beispiel für die Möglichkeiten von Kommunen, globale Verantwortung zu übernehmen. Dieser Zusammenschluß von Städten zeigt exemplarisch an einem Schnittfeldthema den Funktionswandel von Städteverbindungen auf. Mit dem Beitritt zum Klimabündnis hat sich Osnabrück u. a. dazu verpflichtet, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> bis zum Jahr 2010 um 50% zu reduzieren.<sup>48</sup> Das Ziel der CO<sub>2</sub>-Reduktion kann nur durch gezielte Strukturveränderungen vor Ort geschaffen werden, für die Voraussetzungen notwendigerweise zu bilden sind. Zum einen ist ein Sichtwechsel nötig, der in der Einsicht gipfelt, daß eine »Entwicklungs«-Politik im Norden beginnt, in der eigenen Region anzusetzen hat und im eigenen Haus<sup>49</sup> konkretisiert werden muß. Zum anderen bedarf dieser Strukturwandel vor Ort neuer Instrumentarien mit einer ämterübergreifenden Sachkompetenz. Nur wenn der entwicklungsverträgliche Umbau der Stadt als Querschnittsaufgabe gesehen wird, an der die unterschiedlichen Politik- und Verwaltungsbereiche zu beteiligen sind und für die neue Formen der Bürger/-innenbeteiligung gefunden werden müssen, hat er Aussicht auf Erfolg. Friedens-, entwicklungs- und umweltpolitische Handlungsfelder, an denen ange-setzt werden könnte und müßte, um Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung eines zukunftsfähigen Osnabrücks<sup>50</sup> zu schaffen, gibt es genug. Als Kernbereiche sind die kommunale Energie-, Abfall- und Verkehrspolitik, eine Bildungspolitik, die globales Lernen als einen Beitrag zur Erhöhung des weltgesellschaftlichen Handlungsspielraumes in den Mittelpunkt rückt, eine Stadtplanung und -entwicklung, die Qualitätskriterien vor Quantitätskriterien stellt sowie ein mit ortsansässigen Betrieben zu führender Dialog über ein umwelt- und menschengerechtes Wirtschaften zu nennen.

Im Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik läßt sich an vielen Beispielen und einzelnen Problemen zeigen, daß es möglich ist, globale Themen zu kommunalisieren.

---

worden war. Dieser stellt den bisher größten Angriff von staatlicher Seite gegen die Menschen in dieser Region dar. Zu den Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan allgemein, speziell jedoch in bezug auf eine detaillierte wie erschreckende Dokumentation des Ausmaßes der Zerstörung in Lice s. medico international, Heyva sor a Kurdistan (Hg.). *Menschenrechtsverletzungen in Nordwest-Kurdistan 1993. Nach den Berichten der Menschenrechtsvereine IHD*. Frankfurt/Main 1993.

<sup>45</sup> Rede im Osnabrücker Friedenssaal am 22.3.1995. Zit. aus Monika Witte. »Solidarität und Hilfe. Die Beziehungen zwischen Osnabrück und Lice«. *Dritte Welt Bilanz: Osnabrück – Menschen erkunden Ihre Stadt*, 115.

<sup>46</sup> Thema der Tagung Sichtwechsel.

<sup>47</sup> Das Klimabündnis wurde 1990 im Palmengarten in Frankfurt/Main gegründet. Die Anzahl der Mitgliedsstädte beträgt zur Zeit 439 aus 11 europäischen Ländern (Stand 6/95). Als Mitgliedsbeitrag ist ein Pfennig pro Einwohner/-in zu zahlen.

<sup>48</sup> Weitere Verpflichtungen sind der Verzicht auf Tropenholz, der sofortige Stopp von Produktion und Verbrauch des Gases FCKW, das zum Abbau der Ozonschicht führt, die Unterstützung der Regenwaldvölker, die sich im Dachverband COICA zusammengeschlossen haben, in ihrem Widerstand gegen den Raubbau am Regenwald sowie Informations- und Bildungsmaßnahmen.

<sup>49</sup> S. Büro für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (Hg.). *Kommunale Partnerschaft mit der Dritten Welt. Osnabrücker fördern Projekt in Zimbabwe*. Osnabrück 1994, 5.

<sup>50</sup> Vgl. German Watch MS, 1995, über ein »Zukunftsfähiges Münster«.

Das Leitmotiv des globalen Denkens und lokalen Handelns wird hier um ein lokales Denken erweitert. Diese Vertiefung in theoretischer Hinsicht und praktischer Absicht ist u. E. unabdingbar, um eine kritische Reflexion vor Ort zu stimulieren und zu gewährleisten. Auch wenn beispielsweise die von Osnabrück gepflegten Städtepartnerschaften einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten und somit zunehmend Distanzen überwindbar sind, ist der soziale Nahbereichsraum als vorrangiger Handlungsraum anzusehen. Die Frage nach interkultureller Verständigung vor Ort, nach der Situation der in Osnabrück lebenden Migrant/-innen<sup>51</sup> ist für das friedenspolitische Profil einer Kommune sicherlich ebenso wichtig, wenngleich oftmals mühsamer und mitunter weniger populär. Gerade die Ausnutzung der Aktions- und Gestaltungsräume des »primären« politischen Gemeinwesens kann als Maßstab dienen, ob es sich um dauerhaftes Engagement oder aber nur um symbolische Praxis handelt. Nur wenn sich lokales Denken und Handeln mit den Gewaltfeldern vor Ort, die auch über eine erfolgreiche kommunale Außenpolitik nicht vergessen werden dürfen, beschäftigt, wird sich die Selbstverpflichtung als Friedensstadt realisieren lassen.

## VI. Vernetzung: Chance oder Risiko?

Durchgehaltene und nicht nur postulierte Vernetzung stellt für uns ein Grundprinzip der Friedensarbeit dar.<sup>52</sup> Die Frage nach bestehender Vernetzung von friedenspolitischer Arbeit in Osnabrück läßt sich weder mit dem Zustand der Ausschöpfung vorhandener Synergiepotentiale beantworten, noch kann von einer über erste Ansätze hinausgehenden strukturellen Vernetzung zwischen Verwaltungsbereichen und Gruppen sowie zwischen Bewegungen und Institutionen gesprochen werden. Wirft man einen Blick auf die Zusammenarbeit der friedenspolitisch engagierten Organisationen, so läßt sich diese als punktuell und situativ (anlaß- und projektbezogen) beschreiben. Die Gründe, daß eine verstetigte Kooperation schwierig zu gewährleisten ist, reichen von Personalmangel (da die anfallende Mehrarbeit von den Gruppenmitgliedern nur begrenzt zu leisten ist) bis hin zur Angst vor Profilverlust und der Befürchtung, Eigenständigkeit und Positionen aufgeben zu müssen.

Angesichts der Tatsache, daß friedenspolitisches Potential in der Stadt des Westfälischen Friedens vorhanden ist, erachten wir es als vordringliche Aufgabe der Stadt Osnabrück, dieses Bürger/-innenengagement aus den Grauzonen und seiner Randständigkeit herauszuholen und den Aufbau einer Friedensinfrastruktur fortzusetzen. Ansätze und Erfahrungen aus der entwicklungspolitischen Arbeit, deren Vernetzung im Vergleich<sup>53</sup> zur friedenspolitischen Arbeit eine höhere Stabilität aufzuweisen hat, könnten dabei

---

<sup>51</sup> Die Dritte-Welt-Bilanz der Stadt Osnabrück bedient sich in ihrer Analyse des erweiterten Ansatzes des globalen und lokalen Denkens. Einerseits werden die wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen, die zwischen Osnabrück und den Ländern der Dritten Welt bestehen, untersucht; andererseits wird unter dem inhaltlichen Schwerpunkt der interkulturellen Beziehungen die Situation der in Osnabrück lebenden Migrant/-innen beleuchtet: Wer lebt wo, warum und unter welchen Bedingungen? S. auch den Beitrag von Michael Bommes. »Migration, Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat – Kommunale Probleme in föderalen Systemen«. *IMIS-Jahrbuch 1* (1995). Osnabrück, im Druck (Rasch).

<sup>52</sup> Vgl. Kinkelbur, Kliesch, 1994, 176.

<sup>53</sup> Hiermit wollen wir keine Scheidung von Friedens- und Entwicklungsaspekten nahelegen, eher im Gegenteil: In einen kommunalen Handlungsrahmen sind beide und weitere Problemfelder zu integrieren. Kritisch zu sehen ist jedoch einerseits, daß in der städtischen Konzeption Friedensförderung nicht ausdrücklich auf entwicklungspolitische Zusammenhänge eingegangen wird, sowie andererseits Abrüstung und Entmilitarisierung im eigenen Haus als notwendige Vorbedingungen einer Entwicklungszusammenarbeit deutlicher in der Konzeption Kommunale Entwicklungszusammenarbeit hervorgehoben werden müßten.

Vorbild und Ansporn sein. Die Arbeit des Büros für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) kann als ein nachahmenswertes Beispiel für das synergetische Miteinander von kommunaler Verwaltung, Nichtregierungsorganisationen und bürgerschaftlichem Engagement betrachtet werden.

Daneben ist im Rahmen des Projektes Dritte Welt Bilanz versucht worden, Bürger/-innen, Vertreter/-innen aus kommunaler Politik, Administration, Wirtschaft und Wissenschaft sowie entwicklungspolitischer Praxis sowohl zu Gesprächen als auch zu gemeinsamer Arbeit an entwicklungsbezogenen Fragestellungen zusammenzuführen.<sup>54</sup> Die in diesem Prozeß teils intensivierten Kommunikationsstrukturen, teils aber neu geschaffenen Strukturen sollten nun dazu genutzt werden, die bei der Erstellung einer lokalen Agenda 21 gewonnene Einsichten in gemeinsames Handeln zu überführen.

Innerhalb der kommunalen Friedensarbeit wird mit der Konzeption des Osnabrücker Friedensforums die Beteiligung von Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen an der friedenspolitischen Arbeit sichergestellt.<sup>55</sup> Das Friedensforum besteht mittlerweile aus mehr als 16 Gruppen, die ihrem Selbstverständnis nach mit der Förderung des Friedens befaßt sind, sowie vom Stadtrat benannten Personen und Institutionen und hat die Aufgabe, Empfehlungen zur Friedensarbeit in Osnabrück zu erarbeiten. Die zur Zeit zwei- bis dreimal im Jahr stattfindenden Treffen geben den einzelnen Gruppen die Gelegenheit, Ideen und Impulse für die städtische Friedensarbeit einzubringen. Eingebunden mit der Vorbereitung und Koordinierung von Veranstaltungen, der Weitergabe von Informationen usw. erfüllt das Friedensforum die Funktion eines gegenseitigen Informationspools, bietet jedoch nur begrenzt Raum, inhaltliche Debatten zu führen und Projektvorhaben abzustimmen. Hier ist eine weitreichende Entwicklung denkbar, die das bisher reine Konsultationsorgan Friedensforum zu einem kommunalen »Friedensparlament« mit Richtlinienkompetenzen der Verwaltung gegenüber umgestaltet.

Um Friedensarbeit kommunal zu verankern und womöglich sogar eine Identifikation der Bürger/-innen der Stadt, in der sie leben, als einer Friedensstadt herzustellen, bedarf es einer aktiven Bürger/-innenbeteiligung über den Kreis der bisher Beteiligten hinaus. Sowohl für die kommunale Friedens- als auch die Entwicklungsarbeit stellt sich bei der Förderung des Bürger/-innenengagements zum einen die Aufgabe, dem Rückzug des Bürgers, der Bürgerin aus der Politik entgegenzuwirken, zum anderen die Schwierigkeit, ein angemessenes und zuverlässiges Verfahren für die Bürger/-innenpartizipation zu finden. Bürger/-innenbeteiligung zu fordern, macht nur Sinn, wenn Strukturen zur Teilhabe und für eine Anwaltschaft geschaffen werden<sup>56</sup> und die Berücksichtigung der Interessen gewährleistet ist. Eine insbesondere in der Stadtentwicklungsplanung sinnvolle Vertiefung zu den bisherigen Formen politischer Beratung bieten das Verfahren der »Planungszellen« von Peter C. Dienel<sup>57</sup> sowie die »Zukunftswerkstätten« nach Robert Jungk<sup>58</sup>, in denen Bürger/-innen in die Lage versetzt werden, für ihren sozialen Nachbereich kreative und tragfähige Lösungen zur Zukunftsgestaltung im Mikrokosmos zu erarbeiten.

---

<sup>54</sup> *Dritte Welt Bilanz: Osnabrück – Menschen erkunden ihre Stadt*, 3–4.

<sup>55</sup> Die Zusammenarbeit von Stadt und NGOs gestaltet sich nicht immer ohne Schwierigkeiten, beispielsweise ist die Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI), die im September 1995 ihr 15jähriges Bestehen feiern konnte, bei der Auswahl der Mitglieder des Friedensforums zunächst übersehen worden.

<sup>56</sup> »Runde Tische« arbeiten in Osnabrück zu folgenden Themen: Verkehr, Klimaschutz, Gesundheit, Flüchtlingsfragen. Angedacht ist ein Forum zur Situation der Türken und Kurden in Osnabrück. Erfolg und die Reichweite dieser Arbeit sind unterschiedlich einzuschätzen.

<sup>57</sup> Für weitere Informationen vgl. Peter C. Dienel. *Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie*. Opladen 1992.

<sup>58</sup> Vgl. Robert Jungk, Norbert Müllert. *Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation*. München 1989 (Neuaufgabe).

Für die Etablierung einer städtischen Friedenskultur ist es darüber hinaus entscheidend, die Arbeit am positiven Frieden als eine Querschnittsaufgabe innerhalb der kommunalen Einrichtungen anzusehen. Die Absicht, arbeitsteilig und gemeinschaftlich mit mehreren Handlungssubjekten der Lösung von Problemen näherzukommen, bedarf einer gut funktionierenden Querkommunikation zwischen den Beteiligten sowie auch einer innerinstitutionellen Zusammenarbeit, die mehr als eine Addition von Fachressortkompetenzen zu sein hat. Bezogen auf die Verwaltungseinrichtungen der Stadt und des Landkreises Osnabrück setzt Friedensarbeit sowohl die Gewährleistung des Transports von Informationen und Wissen als auch das Vorhandensein von Ansprechpartner/-innen in allen Politikbereichen sowie auf allen Ebenen der administrativen Hierarchie für entwicklungs-, friedens- und umweltpolitische Fragestellungen und ihre Überlappungen voraus.

Friedensarbeit läßt sich nicht zum Nulltarif finanzieren. Mit dem Verweis auf die enger werdenden finanziellen Handlungsspielräume und auf ehrenamtlich arbeitende Gruppen und Einrichtungen werden Zweifel angemeldet, ob auf jede gesellschaftliche Fehlentwicklung oder neuartige Problemlagen mit der Errichtung einer speziellen Anlaufstelle oder eines Büros zu reagieren ist.<sup>59</sup> Dem Argument der leeren Kassen als einer Begründung, die Institutionalisierung von friedens- und entwicklungsbezogener Arbeit nicht länger forcieren zu können, steht die schlichte Tatsache gegenüber, daß von der etablierten Politik anerkannte Bereiche relativ unabhängig von der Finanzsituation bearbeitet und bezahlt werden.<sup>60</sup> Jede politische Praxis, die gesellschaftliche Probleme individualisiert bzw. sie im Extremfall an zuständige Ämter oder Einrichtungen (Sozialamt, Strafvollzugsanstalt usw.) abschiebt, wird der Friedensverantwortung einer Kommune, die Gewalt im eigenen Haus zu bekämpfen hat, nicht gerecht.

## **VII. Wider eine Aufrüstung in den Köpfen – Für den Aufbau einer Friedenskultur: Hochschulen als Lernorte des Friedens**

Dem erklärten Selbstverständnis nach beabsichtigt Osnabrück, eine Friedensstadt zu werden. Dies setzt Lernorte voraus, die eine Friedenssozialisation in und außerhalb schulischer Ausbildungsstätten wie Kindergärten, Schulen und Hochschulen ermöglichen. Es werden aber nicht nur Plätze, Orte und Räume, in denen der Frieden antizipiert und gelernt werden kann, benötigt, sondern auch der Mut und ein friedenspolitischer Wille, nicht nur mit einer bestehenden Aufrüstung in den Köpfen zu rechnen, sondern ihr Inhalte des Friedens entgegenzusetzen. Eine Dominanzkultur, die Gewalt als Mittel und Zweck akzeptiert, ideologisch verfestigte Vorstellungen von Überlegenheit und Ausschließung<sup>61</sup> sowie nicht zuletzt Herrschaftsverhältnisse und Gewaltstrukturen<sup>62</sup> in der

<sup>59</sup> Vgl. die Berichte über die mögliche Einrichtung eines »Courage-Büros« in der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. »Kein Geld und keine »Courage«. Debatte über Antidiskriminierungs-Büro« vom 22. August 1995, 11, und »Kein Geld für »Courage-Büro«. CDU grundsätzlich dagegen« vom 31. August 1995, 14, und im *Stadtblatt* »Leichter Knatsch. Der Tod von Peter Hamel hat die Kontroverse um ein Antidiskriminierungs- oder Antirassismusbüro entfacht«. (1995) 2, 30.

<sup>60</sup> Der Bau der Pyramiden im heutigen Ägypten mag als Beispiel vielleicht nicht überzeugen, die Kosten für die deutsche Beteiligung am zweiten Golfkrieg sowie die gemeindlichen Gesamtaufwendungen in Relation zu Entwicklungs-, Friedens- und Umweltinvestitionen sind hier jedoch stets zu vergegenwärtigen.

<sup>61</sup> Vgl. die Beiträge von Birgit Rommelspacher »Rassismus und Rechtsextremismus. Der Streit um die Ursachen«, 11–26, und Christine Holzkamp »Wir – nicht nur die anderen... Rassismus, Dominanzkultur, Geschlechterverhältnis«, 37–47, in dem Sammelband von Christiane Tillner. *Frauen – Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt*. Münster 1994, sowie Christa Randzio-Plath, Sigrid Wagner. *Frauen im Süden*. Bonn 1995. S. auch für den Bereich präventiver und nicht nur kurativer Rechtspolitik die Überlegungen von Hero Schall, Gesa Schirmmacher. »Gewalt in der Familie. Resignation oder Herausforderung des Strafrechts?« *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft II* (1995), 255–277.

Stadt selbst sind als Quellen des Unfriedens zu identifizieren. Unerlässlich zu sehen ist, daß gegenwärtiges städtisches Leben sowohl im Umwelt-<sup>63</sup> als auch im Entwicklungs- und Friedensbereich allgemeine und globale Probleme (mit)erzeugt. Die Gleichzeitigkeit einer lokalen und globalen Entmilitarisierung der Staaten und der Köpfe ist ein Integral einer Friedensarbeit, die ihren Namen verdient.

Wir können und wollen hier keine materiellen und immateriellen Quellen einer Gewaltkultur in Osnabrück und der Umlandregion auflisten. Einige Hinweise auf den Weg zu einer Friedenskultur des Alltags und zu geeigneten Lernorten des Friedens sind uns jedoch wichtig. Die allgemeine Konflikträchtigkeit in sozialen Prozessen und im besonderen diejenigen Konfliktaustragungen, die auf eine umfassende Gewaltreduzierung abzielen, setzen neben Sach- und Weltkompetenz das Sicheinüben in Konfliktverhalten voraus. Interkulturelle Kompetenz<sup>64</sup>, Sozialkompetenz und eine Deckung von menschlichen Grundbedürfnissen werden zu Friedensursachen, die sowohl individuell erlernt als auch soziostrukturell vorausgesetzt werden müssen. Erst in den Übergängen von einer Gewalt- zu einer Friedenskultur verwirklicht sich Frieden als ein Zustand mit einer neuen Qualität der Sozialbeziehungen. Der weite Weg vom Bewußtsein um die Notwendigkeit einer Friedenskultur zum Handeln für den Frieden<sup>65</sup> stellt dann nicht nur eine Aufgabe für eine Alphabetisierungs-, Bildungs- und Vermittlungsarbeit<sup>66</sup> dar, sondern bildet im Zeitmodus der Gegenwart ein Fundament zivilisatorischer und kollektiver Lernerfahrungen, die Schranken und Widerwillen gegen Krieg und Gewalt errichten.

In Osnabrück hat sich Mitte der neunziger Jahre eine vielfältige Hochschullandschaft etabliert. Heute wird das städtische Leben von der Universität, den drei weiteren Hochschulen<sup>67</sup> und den Studierenden mitgeprägt. Verschiedene Veranstaltungen richten sich als »kulturelle Angebote der Universität«<sup>68</sup> und anderer Trägerinstitutionen an eine breite Öffentlichkeit; Frauenringvorlesungen, Dritte-Welt-Vortragsreihen, internationale Symposien, eine zweijährlich stattfindende Sommerakademie und der Friedenstag am 25. Oktober eines jeden Jahres ergänzen das Lehrangebot. Im Gegensatz zu den ersten Bemühungen von Wissenschaftler/-innen zu Beginn der 80er Jahre, das Schlüsselthema Krieg und Frieden aufzunehmen<sup>69</sup>, kann heute eine beginnende Integration friedenswissenschaftlicher Themen in Forschung und Lehre festgestellt werden.<sup>70</sup>

---

<sup>62</sup> Kontextuell formuliert gehört z. B. die Wohnsituation von Familien und Alleinerziehenden zu den sozialen Indikatoren von Frieden.

<sup>63</sup> Vgl. dazu Gerhard Becker. »Öffnung von Schule zur städtischen Umwelt als Aufgabe kommunaler Bildungspolitik und regionaler Vernetzung«. Ursula Carle (Hg.). *Gesunde Schule. Öffnung – Kooperation – Bewegung – Integration*. Pfaffenweiler 1995, 31–56.

<sup>64</sup> Es handelt sich hier um etwas anderes als »Konfliktlösungskompetenz«. Konflikte sind nicht einfach zu lösen, sie sind vom Anfang bis zum Ende des Konfliktverlaufes möglichst mit friedlichen Mitteln auszutragen.

<sup>65</sup> In Anlehnung an Marle Kopf. »Der weite Weg vom Bewußtsein zum Handeln«. *Dritte Welt Bilanz: Osnabrück – Menschen erkunden ihre Stadt*, 96–102.

<sup>66</sup> Die von Marle Kopf, 96–97, herausgestellten vier Grundprinzipien eines globalen, eines interkulturellen, eines partizipatorischen und eines zukunfts-offenen Lernens gelten für den Entwicklungs-, Friedens- und Umweltbereich durchgängig, werden aber von uns um den volksbildnerischen Aspekt einer bewußtseinsweckenden Erziehung etwa im Anschluß an die Arbeiten und Anregungen von Paulo Freire verstanden.

<sup>67</sup> In der Reihenfolge ihrer Größe: Universität Osnabrück, Fachhochschule Osnabrück, Kath. Fachhochschule Norddeutschland, Öffentliche Fachhochschule für Verwaltung, Abteilung Osnabrück-Polizeiwesen.

<sup>68</sup> S. das Kapitel im *Bericht des Präsidenten 1993/1994* der Universität Osnabrück, Osnabrück 1995, 58–60, sowie die Ausführungen über Frauenförderung/Frauenforschung, 41–44.

<sup>69</sup> Zu den Bemühungen des Komitees »Universitäten für Abrüstung« an der Universität Osnabrück s. das Vorwort und die Anhänge in Walter Aschomeit, Michael Daxner. *Krieg und Frieden. Osnabrücker Vorlesungen 1983/84*. Osnabrück 1984.

<sup>70</sup> Eine gute Übersicht über Forschungsvorhaben an den inzwischen getrennten Universitäten Osnabrück und Vechta bietet das *Magazin* der Universität Osnabrück mit dem Themenschwerpunkt »Frieden«, Osnabrück 1992. Eine ver-

Inhaltlich vollzieht sich der für die Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung im deutschsprachigen Wissenschaftsraum konstatierte Trend zu einer als notwendig erachteten Ausweitung des Kompetenzbereiches der Friedensforschung<sup>71</sup>, die an der Osnabrücker Universität Anknüpfungsmöglichkeiten<sup>72</sup> vorfindet. Eine praxisbezogene Entwicklungsländerforschung, die auf eine universitäre Ausbildung von ›Entwicklungsexperten‹ angewiesen ist<sup>73</sup>, und neuartige konflikttheoretische, geopolitische Fragestellungen berühren sich in der Kritik eines traditionellen, mit Wirtschaftswachstum verknüpften Entwicklungsbegriffes sowie der Diskussion über die Kosten der Modernisierung und die Chancen einer dauerhaften Entwicklung.<sup>74</sup> Das 1991 gegründete interdisziplinäre Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) entfaltet in Lokalstudien, theoretischen Beiträgen und öffentlichen Interventionen<sup>75</sup> den Zusammenhang von Ethnizität, Arbeits- und Elendmigration und nationalen Politiken. Die an der Universität Osnabrück angesiedelte Koordinationsstelle des niedersächsischen Projektverbundes Friedens- und Konfliktforschung arbeitet in einem ihrer vier Teilbereiche an der Vermittlung des Friedensgedankens in Politik und Gesellschaft und – was eine selbstreflexive Anstrengung erfordert – an Hochschulen. Wissenschaftliche Beiräte und Vorbereitungskomitees begleiten die Veranstaltungsplanungen der *Osnabrücker Friedensgespräche* und bereiten den Ende Oktober 1998 stattfindenden internationalen Kongress zum 350jährigen Gedenktag des Westfälischen Friedens vor. ›Krieg-Gewalt-Konflikt-Kultur-Frieden‹<sup>76</sup> als Unterrichtsstoff und als Themen induktiver bzw. problemlösungsorientierter Wissenschaftsansätze finden hier einen vielgestaltigen Eingang in den Hochschulalltag und das Lehrangebot verschiedener Fachwissenschaftler/-innen.

Gerade weil das Friedensthema eine Herausforderung für die Osnabrücker Hochschulen mit ihren Fachbereichen darstellt, sollte die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den Zukunftsforscher und Friedenspublizisten Robert Jungk (1992) und den Wegbereiter der universitären Friedensforschung Johan Galtung (1995) durch den Fachbereich Sozialwissenschaften als ein Beitrag zu einer Traditionspflege an einer noch jungen Universität erwähnt werden, weil das Vorhaben, Osnabrück als Friedensstadt auszubauen, mit der Perspektive Friedensuniversität korrespondiert und sich wechselseitig zu ergänzen vermag.

---

gleichbare Auflistung friedensrelevanter Lehrveranstaltungen am Hochschulstandort Osnabrück und ein im Bibliothekssystem ausgewiesener Anschaffungs- und Buchschwerpunkt »Studierendenliteratur Friedensforschung« fehlen bisher noch.

<sup>71</sup> Vgl. Reinhard Meyers. »Friedens- und Konfliktforschung«. Harald Kerber, Arnold Schmieder (Hg.). *Spezielle Soziologien. Problemfelder, Forschungsbereiche, Anwendungsorientierungen*. Reinbek 1994, 255–278.

<sup>72</sup> Bereits in den 80er Jahren war bis zu ihrem Tode die Osnabrücker Hochschullehrerin Ursula Schmiederer Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung, der bundesrepublikanischen Wissenschaftsvereinigung von Friedensforscher/-innen.

<sup>73</sup> So 1992 eine Überlegung des Universitätspräsidenten anlässlich des Osnabrücker Dritte-Welt-Kongresses; s. Bericht im *Magazin* der Universität, Osnabrück 1992, 96.

<sup>74</sup> S. Jobst Conrad. »›Sustainable Development‹ – Bedeutung und Instrumentalisierung, Voraussetzungen und Umsetzbarkeit eines Konzepts«. Massarrat, Wenzel, Sommer, Széll, 112–138; vgl. auch Jobst Conrad. »Die Entwicklung der Moderne und ihre psychosozialen Folgen«. Margit Pieber, ÖSFK (Hg.). *Europa – Zukunft eines Kontinents. Friedenspolitik oder Rückfall in die Barbarei*. Münster 1994, 158–208, sowie Johan Galtung. »On the Social Costs of Modernization. Social Disintegration, Atomie/Anomie and Social Development«. *United Nations Research Institute for Social Development. Discussion Paper* (1995), 61.

<sup>75</sup> S. Klaus J. Bade (Hg.). *Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung*. München 1993.

<sup>76</sup> In Erweiterung der frühen Friedensforschung (vgl. dazu exemplarisch Dieter Senghaas. *Gewalt – Konflikt – Frieden*. Hamburg 1974) und in Aufnahme kulturtheoretischer Fragestellungen hat eine zeitgemäße Friedensstrategie heute mindestens eine begriffstheoretische und handlungspraktische Arbeit in ›Richtung und Linie‹ dieser fünf Grundbegriffe der Friedensforschung und -lehre zu umgreifen.

## VIII. Friedensagenda 2000 in und für Osnabrück

Bürger/-innenschaftliches Engagement und die häufig unscheinbare Initiativarbeit werden Exponenten einer Friedensstadt bleiben. Im Ausblick auf die Ausgestaltung eines kommunalen Handlungsrahmens Frieden für die nächsten Jahre – gewissermaßen eine Friedensagenda 2000<sup>77</sup> – ist u. E. in Hinblick auf den Unterschied und die Spannungen zwischen kommunaler und lokaler Friedensarbeit<sup>78</sup> zu betonen: Die Stärkung von Initiativgruppen und die Förderung örtlicher Einrichtungen und nicht die einfache Einbeziehung – das käme eher einem Einspannen für einen Friedensritt bis zur Jahrtausendwende gleich – ist und wird die vornehmste Friedenspflicht für Stadt und Landkreis Osnabrück sein.

Wenn Frieden im Rückblick auf den 30jährigen Krieg in Europa als Abwesenheit von Krieg und als eine notwendige Voraussetzung einer städtischen Friedenskultur verstanden wird, füllen vielfältige Vorhaben und Maßnahmen verschiedener sozialer Akteure und Träger, die hier in einer Übersicht Jahreszahlen zugeordnet werden, den Leitwert Frieden erst aus.

*Kommunale Friedensinfrastruktur in Osnabrück:* 1996 werden im kommunalpolitischen Bereich in Osnabrück<sup>79</sup> die Feierlichkeiten in Erinnerung an den Westfälischen Frieden nutzbare Handlungs- und Dialogräume eröffnen. Die Stadt Osnabrück könnte dabei in einem jährlichen Friedensbericht über die im Berichtszeitraum geleistete Arbeit Rechenschaft ablegen und zur Diskussion über ihre nächsten Schritte auf dem Weg zu einer Friedensstadt einladen. Ein »Friedensparlament« und eine kommunale »Netzwerkstelle Frieden« entsprechen der Intention, die Entfaltung kommunaler und die Förderung lokaler Friedensarbeit als eine unerläßliche und notwendige Verwaltungsaufgabe anzusehen und ihnen einen eigenen Platz zu geben.

*Präsenz des Friedensthemas innerhalb der Hochschulen:* Im Hochschulbereich könnte es darum gehen, neben den Außenaktivitäten, unter anderem mit der in der Bundesrepublik wegweisenden Kooperation der Stadt und der Universität und ihrer Konzeption Friedensförderung, nun auch das Friedensthema im Innern des Wissenschaftsbetriebes und innerhalb des Hochschulunterrichtes zu verstärken. Ein fächerübergreifendes und interdisziplinäres Lehrangebot, das kontinuierlich angeboten wird, verbindet einen Sachunterricht zu den gegenwärtig nötigen Schlüsselqualifikationen mit einer Instandsetzung der Hochschulen als einem republikanischen Lernort<sup>80</sup> in der Perspektive einer Ausbildung und eines Studiums von »Entwicklungs-, Konflikt- und Friedensexperten« sowie von Multiplikatoren in Schule und späterer Berufspraxis. In dem ab dem Wintersemester 1996/97 angebotenen Studiengang *Verwaltungsmanagement* an der Fachhochschule Osnabrück ließen sich Themen der Friedenssozialarbeit und Entwicklungszusammenarbeit integrieren.

<sup>77</sup> Wesentliche Anregungen verdanken wir der Broschüre *Remarque, Osnabrück und die Friedensthematik (Programm 2000)*. Osnabrück 1993, die – wie auch das von einer Zeitschrift sich zum Jahrbuch wandelnde Periodikum *Krieg und Literatur/War and Literature* – vom Erich Maria Remarque-Archiv und der Forschungsstelle Krieg und Literatur herausgegeben und vertrieben wird. – Es ist auch die Frage konstruktiv aufzuwerfen und zu beantworten: Westfälische Friedensfeierlichkeiten 1998 in Osnabrück – und was dann?

<sup>78</sup> Vgl. Kinkelbur, Kliesch, 1994, 174–182.

<sup>79</sup> Zu den Aktivitäten in Münster, die 1996 erste Veranstaltungshöhepunkte und Ausstellungen vorsehen, gibt es bis dato einige Berichte in verschiedenen Zeitungen. Bisher ist nur eine veranstaltungsbezogene Kooperation politischer Repräsentanten beider Städte im Rahmen einer Veranstaltungsgesellschaft des Westfälischen Friedens festzustellen. Weitere Informationen sind erhältlich bei der Stadt Osnabrück, Amt für Stadtmarketing und Tourismus, Geschäftsstelle »Westfälischer Friede«, Postfach 4460, 49034 Osnabrück und bei der Geschäftsstelle »Westfälischer Friede«, Wareндorfer Str. 24, 48153 Münster.

<sup>80</sup> S. Michael Daxner. *Das Wissen vom Untergang. Wissenschaft braucht Macht und muß sie wollen*. Frankfurt/Main 1990; ders. *Die Wiederherstellung der Hochschule. Plädoyer für eine Rückkehr der Hochschulen in die Politik und die Gesellschaft*. Köln 1993.

*Frieden in der Region*: 1997 bietet einen Anlaß, neben der Kommunalisierung auch zu einer Regionalisierung des Friedensgedankens zu gelangen. Das zweite Kreisfest »Toleranz und internationale Verständigung« zum 25jährigen Bestehen dieser Gebietskörperschaft umfaßt im Lichte des UNESCO-Jahres von 1995 Aspekte einer interkulturellen Verständigung, eines weltweiten und grenzenüberschreitenden Dialoges über Menschenrechte und Grundbedürfnisse. An Beispielen wie der Bombardierung der spanischen Stadt Guernica am 26. April 1937 ließen sich die Berührungspunkte internationaler Politik, europäischer Weltpolitik und lokaler Friedensarbeit im Rahmen einer transnationalen Subpolitik<sup>81</sup> illustrieren: Wie wird in Spanien und von Bundesbürger/-innen und Immigranten in Deutschland an dieses Voreignis des Zweiten Weltkrieges erinnert?

*Die Paradoxien<sup>82</sup> des Westfälischen Friedens und der Wandel des neuzeitlichen Krieg- und Friedensbegriffes*: 1998 werden die Friedensaktivitäten in Osnabrück durch den internationalen Kongreß zum Westfälischen Frieden (im Anschluß an den 24. Oktober als Tag des Osnabrücker Friedens) und den »Europäischen Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß 1998 – Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstiftenden Europa« im Mai des Jahres bestimmt werden. Was einerseits als wissenschaftliche Konferenz und andererseits als bewegungsorientierter Kongreß auseinandergehalten werden könnte, verweist auf ein gegenwartsbezogenes Grundproblem: Geht die Schaffung von Staaten in Europa damals und heute mit der Weckung von Kriegsberedtheit einher?

Was hier als zugespitzte, in der sozialgeschichtlichen und politologischen Literatur längst diskutierte<sup>83</sup> Frage erscheint, ist nur vor den Veränderungen und dem Wandel des Kriegs- und Friedensbildes in der Neuzeit angemessen zu erörtern. Die Paradoxien des Westfälischen Friedens mit seinen zerstörerischen Wirkungsfolgen in der Herrschaftsgeschichte europäischer Macht- und Gewaltpolitik werden stärker in das Blickfeld einer Suche nach Verfahren dauerhafter Waffenstillstandsregelungen und präventiven Friedenspolitiken gerückt werden müssen, wenn eine symbolische Friedensrhetorik vermieden werden soll.

*Friedenskulturarbeit – 1999*: Heimathäuser, Bildungseinrichtungen und Schulen in der Osnabrücker Region sind gefordert, die Arbeit am Frieden nicht nur den politischen Zentren und großen Städten zu überlassen. Ihre originäre Aufgabe impliziert qua Selbstdefinition von Friedensarbeit die Pflege einer dörflichen und städtischen, letztlich regionalen und übergemeindlichen Aufgabe. Frieden in der Region gehört zu einer Strukturpolitik, die das Stadt-Land-Gefälle überwindet, vorhandene Friedensspuren in der »Heimat«<sup>84</sup> aufdeckt und in verschiedenen lebensweltlichen Kontexten Anlaufstellen, Werkstätten und Erinnerungsorte für eine Kultur des Friedens<sup>85</sup> bietet.

<sup>81</sup> Wichtige Hinweise zu neuen Formen realutopischer Politik von unten, die von Ulrich Beck als Subpolitik oder auch Green-Peace-Politics bezeichnet worden sind, finden sich in den Arbeiten von Anthony Giddens. *The Nation-State and Violence*. Cambridge 1985, u. *Die Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt/Main 1995, insbesondere 75–101, sowie bei David Held. *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Cambridge 1995.

<sup>82</sup> Autoren, die nicht aus Deutschland kommen, scheinen hier klarer zu sehen: s. u. a. Björn Hettne. *Den europeiska paradoxen. Om integration och desintegration i Europa*. Stockholm 1994, u. Kalevi J. Holsti. *Peace and War. Armed Conflicts and International Order 1648–1989*. Cambridge 1991.

<sup>83</sup> Johannes Burkhardt diskutiert in *Der Dreißigjährige Krieg*. Frankfurt/Main 1992, und »Der Dreißigjährige Krieg als frühmoderner Staatsbildungskrieg«. *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (1994), 8, 487–499, die pointierte These von Ekkehart Krippendorff (*Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft*. Frankfurt/Main 1985), daß Staatlichkeit Krieg in sich trägt.

<sup>84</sup> S. Michael Daxner. »Heimat und Friede – Ernst Bloch«. Aschomeit, Daxner 1984, 148–165, der auf friedensphilosophische Implikationen im Welt- und Heimatverständnis von Ernst Bloch aufmerksam macht. Dessen Diktum »Nur sanft sein, heißt noch nicht gut sein« (aus »Widerstand und Friede« in der Quellensammlung von Dieter Senghaas (Hg.). *Den Frieden denken*. Frankfurt/Main 1995, 39) bleibt im Hinblick auf die Kriegsbewegungen unserer Tage höchst aktuell.

Ein Jahr nach den Friedensfeierlichkeiten drohen ansonsten die Aktivitäten und Bemühungen in Osnabrück und Münster als Alibi bzw. als Ausrede für die Indifferenz gegenüber der Entwicklungs-, Friedens- und Kulturarbeit im Osnabrücker Land und im Münsterland instrumentalisiert zu werden. Ein Gradmesser für einen Friedenswillen ist auch, wie die kulturwissenschaftlich orientierte Friedensforschung bis dahin gesichert sein wird.

*Weltexportschlager Frieden 2000:* Während Territorium früher eine umkämpfte Ressource darstellte, ist heute Natur ein vielerorts umkämpftes, knappes Gut geworden. Die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover und den anderen niedersächsischen Regionen darf nicht zu einer eindimensionalen, Weltkultur auf Weltmarkt reduzierenden Einbahnstraße werden. Von anderen Bürger/-innen und Expert/-innen lernen, hieße dann aber bei der Etablierung weltweiter Friedensstrukturen, sowohl dem Zusammenhang von Naturerhaltung, Bodenbenutzung und angepassten Lebensstilen nachzugehen als auch nach bestehenden Brückenschlägen zwischen Umwelt-, Konflikt- und Friedensforschung zu fragen. Es wäre mehr als eine Geste, neben Wirtschaftsleuten, auch Kulturschaffende und Friedenswissenschaftler/-innen einzuladen und einen Austausch über Distanzen hinweg für eine umweltbewahrende Wirtschaftsweise und eine ungeteilte soziale Gerechtigkeit zu ermöglichen.

Die Menschheit steht im Jahr 2000 einerseits vor den Herausforderungen einer nicht steuerbaren, nur mit neuen Krisen und Kulturkonflikten abbremsbaren Globalisierung und andererseits vor neuen Zerklüftungen, Desintegrationsprozessen und der Sinnsuche nach einem gelungenen Leben der einzelnen Menschen. Weil eine Politik vor Ort eine neue Brisanz und auch einen höheren Stellenwert gewinnen wird, erlauben wir uns hier abschließend einen konkreten Vorschlag, der auch eine Aufforderung zu den noch unausgeschöpften multilateralen Gesprächen zwischen Institutionen (Stadt, Universität, Hochschulen) sowie Kommunal- und Bürger/-innenpolitik (sowohl Anwohner/-innen, Bürger/-innen als auch Studierende, Hochschulangehörige) ist. Es zeichnet die Hochschul- und Weltstadt Osnabrück aus, zumindest eine Straße im Hochschulbereich nach einem Zeitzeugen unseres Jahrhunderts, dem Zukunftsforscher und Fundamentaldemokraten Robert Jungk (1913–1994) zu benennen. Er hat in Sorge um die Gefahr einer technologisch formierten Barbarei für ein menschenwürdiges Leben gestritten.

---

<sup>85</sup> Die Skulptur am Münster-Osnabrücker Regionalflughafen in Greven »Pax optima rerum« könnte etwa ein Beispiel für eine symbolische Politik sein, die darüber hinaus auch noch den konkreten Gehalt von Frieden ästhetisiert und verflüchtigt.